

**Deutschland-Nassau: Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen**

**OJ S 76/2023 18/04/2023**

**Auftragsbekanntmachung – Sektoren  
Dienstleistungen**

**Rechtsgrundlage:**

Richtlinie 2014/25/EU

---

**Abschnitt I: Auftraggeber**

**I.1. Name und Adressen**

Offizielle Bezeichnung: Verbandsgemeindewerke Bad Ems-Nassau

Postanschrift: Koppelheck 26

Ort: Nassau

NUTS-Code: DEB1A Rhein-Lahn-Kreis

Postleitzahl: 56377

Land: Deutschland

E-Mail: [BEN@Bieteranfrage.de](mailto:BEN@Bieteranfrage.de)

**Internet-Adresse(n):**

Hauptadresse: [www.vgben.de](http://www.vgben.de)

**I.3. Kommunikation**

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten

Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4YJV6NW4/documents>

Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen elektronisch via: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4YJV6NW4>

Weitere Auskünfte erteilen/erteilt folgende Kontaktstelle:

Offizielle Bezeichnung: Vergabeberatungsstelle Klaeser GmbH

Postanschrift: Auf dem Kalk 5

Ort: Montabaur

NUTS-Code: DEB1B Westerwaldkreis

Postleitzahl: 56410

Land: Deutschland

E-Mail: [BEN@Bieteranfrage.de](mailto:BEN@Bieteranfrage.de)

Telefon: +49 26029973890

Fax: +49 32121239232

**Internet-Adresse(n):**

Hauptadresse: [www.Vergabeberatungsstelle.de](http://www.Vergabeberatungsstelle.de)

**I.6. Haupttätigkeit(en)**

Wasser

---

**Abschnitt II: Gegenstand**

**II.1. Umfang der Beschaffung**

**II.1.1. Bezeichnung des Auftrags**

WAB Fachbach - Los 02

### **II.1.2. CPV-Code Hauptteil**

71000000 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen

### **II.1.3. Art des Auftrags**

Dienstleistungen

### **II.1.4. Kurze Beschreibung**

Die auf der Insel Oberau stehende WAB Fachbach wurde 1987 in Betrieb genommen und seither bis auf wenige Anpassungen im Bereich der EMSR Technik 2002 und der Reinwasserpumpen, zuletzt 2021, mit unveränderter Aufbereitungs- und Bautechnik betrieben. Die Substanz des Bauwerkes ist insbesondere im Bereich der Wasserbecken und Dachflächen sowie in Bereichen der Bodenbeläge sanierungsbedürftig. Zur Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit und Anlagenverfügbarkeit soll die veraltete und nicht mehr den a.a. R.d.T. entsprechende Anlagen-, Verfahrens- und Bautechnik saniert, erneuert und optimiert werden.

Im Vordergrund der Anlagen und Betriebsoptimierung stehen folgende technische Ziele:

- Stabiler und sicherer Anlagenbetrieb
- Steuerbare Belastungsdynamik / Anpassung der Aufbereitungskapazität an die Stollenschüttung
- Sehr gute Automatisierbarkeit der Aufbereitungsprozesse
- geringerer personeller Aufwand
- Nutzung der vorhandenen Bausubstanz mit Integration der neuen Anlagenkomponenten in den Gebäudebestand
- hoher Ausnutzung der Rohwasserressource / geringer Abwasseranfall
- gesicherte Entsorgungswege für Rückstände / Reststoffe aus der Aufbereitung

Im Vorfeld hat der Auftraggeber bereits eine Studie zum Carix-Verfahren zur Wasserenthärtung erstellen lassen. Die entsprechenden Unterlagen sind den Vergabeunterlagen beigelegt.

Die in diesem Zuge ermittelten geschätzten Kosten für die Sanierungsmaßnahme belaufen sich auf:

KG 300: 1.500.000 EUR

KG 400: 3.200.000 EUR

Die erforderlichen Planungsleistungen werden losweise vergeben.

Gegenstand dieses Verfahrens sind die Planungsleistungen für die Fachplanung der Technischen Ausrüstung gem. § 55 HOAI, Anlagengruppen 1-5, 7 und 8 (Los 02), ausgenommen hiervon die Planungsleistungen für die Anlagentechnik zur Wasserenthärtung

### **II.1.5. Geschätzter Gesamtwert**

### **II.1.6. Angaben zu den Losen**

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

## **II.2. Beschreibung**

### **II.2.2. Weitere(r) CPV-Code(s)**

71300000 Dienstleistungen von Ingenieurbüros, 71321000 Technische Planungsleistungen für maschinen- und elektrotechnische Gebäudeanlagen, 71321200 Heizungsplanung, 71316000 Beratung in der Fernmeldetechnik, 71321300 Beratung im Bereich Sanitärinstallation

### **II.2.3. Erfüllungsort**

#### **II.2.4. Beschreibung der Beschaffung**

Gegenstand dieses Verfahrens sind die Fachplanungsleistungen (Lph 1-9) für die Technische Ausrüstung (§ 55 HOAI) einschl. Besondere Leistungen.

Beabsichtigt ist eine stufenweise Beauftragung der Leistungen.

In der Leistungsstufe 1 sollen die Leistungsphasen 1 bis 4 nach HOAI sowie die in diesen Phasen erforderlichen Besonderen Leistungen beauftragt werden.

In der Leistungsstufe 2 beabsichtigt der Auftraggeber für die genehmigte Planung die Vergabe der Leistungsphasen 5 bis 9 nach HOAI sowie der in diesen Phasen erforderlichen Besonderen Leistungen.

Die auf die Leistungsstufe 1 aufbauenden Leistungen sind optional ausgeschrieben. Auf die Beauftragung der weiteren Leistungen/Stufen besteht kein Rechtsanspruch.

#### **II.2.5. Zuschlagskriterien**

Der Preis ist nicht das einzige Zuschlagskriterium; alle Kriterien sind nur in den Beschaffungsunterlagen aufgeführt

#### **II.2.6. Geschätzter Wert**

#### **II.2.7. Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems**

Laufzeit in Monaten: 8

Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein

#### **II.2.9. Angabe zur Beschränkung der Zahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden**

Geplante Mindestzahl: 3Höchstzahl: 5Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

Die vergebende Stelle beabsichtigt zum Verhandlungsverfahren mindestens 3, höchstens 5 Bieter einzuladen, die auf Grundlage der nachbenannten Kriterien ausgewählt werden:

1) Erfahrung des Bewerbers mit der Erbringung von vergleichbaren Planungs- und Bauüberwachungsleistungen, anhand der eingereichten Referenzen - 60 %

Durch die Einreichung zusätzlicher Referenzen - über die geforderte Mindestanzahl hinaus -, die ebenfalls den Mindestanforderungen entsprechen müssen, kann eine bessere Bewertung erzielt werden. Eine höhere Entsprechung der Referenz mit der vorliegenden Planungsaufgabe führt zu einer besseren Bewertung.

2) Gesammelte Berufserfahrung der zur Leistungserbringung vorgesehenen Personen anhand der eingereichten Referenzen, die die Mindestanforderungen erfüllen - 30 %

3) Einhaltung der geplanten Bauzeit und der geplanten Baukosten, wie sie sich aus den Referenzen ergeben - 10 %

#### **II.2.10. Angaben über Varianten/Alternativangebote**

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

#### **II.2.11. Angaben zu Optionen**

Optionen: ja

Beschreibung der Optionen:

Gegenstand dieses Verfahrens sind die Fachplanungsleistungen (Lph 1-9) für die Technische Ausrüstung (§ 55 HOAI) einschl. Besondere Leistungen.

Beabsichtigt ist eine stufenweise Beauftragung der Leistungen.

In der Leistungsstufe 1 sollen die Leistungsphasen 1 bis 4 nach HOAI sowie die in diesen Phasen erforderlichen Besonderen Leistungen beauftragt werden.

In der Leistungsstufe 2 beabsichtigt der Auftraggeber für die genehmigte Planung die Vergabe der Leistungsphasen 5 bis 9 nach HOAI sowie der in diesen Phasen erforderlichen Besonderen Leistungen.

Die auf die Leistungsstufe 1 aufbauenden Leistungen sind optional ausgeschrieben. Auf die Beauftragung der weiteren Leistungen/Stufen besteht kein Rechtsanspruch.

#### **II.2.13. Angaben zu Mitteln der Europäischen Union**

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

#### **II.2.14. Zusätzliche Angaben**

Innerhalb der genannten Laufzeit des Vertrags von 8 Monaten nach Auftragserteilung sind die Planungsleistungen so zu erbringen, dass die Vorlage einer genehmigungsfähigen Planung (Leistungsstufe 1) sichergestellt ist. Die Termine für weitere Leistungen werden mit der Beauftragung der weiteren Leistungen festgelegt.

### **Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben**

---

#### **III.1. Teilnahmebedingungen**

##### **III.1.1. Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister**

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

Angaben, die mit dem Teilnahmeantrag vorzulegen sind:

- 1.) Eigenerklärung des Bewerbers/Bieters, dass in der Person des Bewerbers/Bieters oder durch ein Verhalten seiner Person oder durch das Verhalten einer Person, die dem Bewerber/Bieter zuzurechnen ist, keine Ausschlussgründe nach §§ 123, 142 GWB begründet sind.
- 2.) Eigenerklärung des Bewerbers/Bieters, dass in der Person des Bewerbers/Bieters oder durch ein Verhalten seiner Person oder durch das Verhalten einer Person, die dem Bewerber/Bieter zuzurechnen ist, keine Ausschlussgründe nach § 124 GWB und nach §§ 19, 21 MiLoG begründet sind.
- 3.) Eigenerklärung des Bewerbers/Bieters, dass er seiner Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen nachgekommen ist.
- 4.) Eigenerklärung des Bewerbers/Bieters, dass keine Abhängigkeiten von Ausführungs- und Lieferinteressen bestehen (gemäß § 73 Abs. 3 VgV). Gehört der Bewerber/Bieter einer Gruppe von Unternehmen an, hat er mit seinem Angebot zu erklären, inwieweit er mit den weiteren Unternehmen verknüpft ist.
- 5.) Eigenerklärung des Bewerbers/Bieters gemäß Artikel 5k der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 23 der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 zur Nichtzugehörigkeit zu den genannten Personen oder Unternehmen, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen.
- 6.) Nachweis des Bieters über die Eintragung in ein Berufs- oder Handelsregister bzw. ein den Rechtsvorschriften seines Sitzstaates entsprechender Nachweis (wie Handelsregister, Partnerschaftsregister, Berufskammern der Länder).

Auf Verlangen der Vergabestelle sind durch den Bewerber zum Beleg seiner Eigenerklärungen entsprechende Bescheinigungen vorzulegen wie Bescheinigung in Steuersachen, Unbedenklichkeitsbescheinigung der Krankenkassen/der Berufsgenossenschaft. Die Vergabestelle behält sich vor, weitere Auskünfte und

Bestätigungen/Nachweise, die zur Überprüfung der Eigenerklärung dienen, zu verlangen bzw. einzuholen.

Werden die Leistungen von einer Bewerbergemeinschaft angeboten, sind die Auskünfte für jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft zu erklären.

Will sich der Bewerber/Bieter bei der Leistungserbringung eines Dritten bedienen, sind die Auskünfte auch vom Dritten abzugeben.

### **III.1.2. Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit**

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Angaben, die mit dem Teilnahmeantrag vorzulegen sind:

- 1.) Eigenerklärung über den Gesamtumsatz des Bewerbers/Bieters und seinen Umsatz für die Dienstleistungen, die mit der ausgeschriebenen Leistung vergleichbar sind, in den letzten drei Geschäftsjahren (i.S.d. § 45 Abs. 4 Nr. 4 VgV).
- 2.) Erklärung, ob und hinsichtlich welcher Leistungen sich der Bewerber/Bieter der Kapazitäten anderer Unternehmer bedient, und dass die dann erforderlichen Mittel zur Verfügung stehen (i.S.d. § 47 Abs. 1 VgV).

Die Vergabestelle behält sich vor, weitere Auskünfte und Bestätigungen/Nachweise, die zur Überprüfung der Eigenerklärung dienen, zu verlangen bzw. einzuholen.

Werden die Leistungen von einer Bewerbergemeinschaft angeboten, sind die Auskünfte für jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft zu erklären. Will sich der Bewerber/Bieter bei der Leistungserbringung eines Dritten bedienen, sind die Auskünfte auch vom Dritten abzugeben.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Der Bewerber muss über eine Berufs- oder Betriebshaftpflichtversicherung verfügen, deren Deckungssumme

- für Personenschäden mindestens 3.000.000 EUR
  - für Sach- und Vermögensschäden mindestens 3.000.000 EUR und
  - für Umweltschäden mindestens 3.000.000 EUR
- beträgt.

Die vorgenannten Mindestdeckungssummen müssen für die Personen-, Sach- und Vermögensschäden mind. zweifach pro Versicherungsjahr zur Verfügung stehen.

Dies kann durch eine Bescheinigung der Versicherung, dass die vorgenannten Versicherungssummen im Auftragsfall zur Verfügung stehen, nachgewiesen werden, Die geforderten Nachweise sind zwingend mit dem Angebot in Textform einzureichen.

### **III.1.3. Technische und berufliche Leistungsfähigkeit**

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Angaben, die mit dem Teilnahmeantrag vorzulegen sind:

- 1.) Angabe der zur Leistungserbringung vorgesehenen Personen namentlich genannt und unter Nennung der jeweiligen Befähigung zur Berufsausübung (i.S.d. § 46 Abs. 3 Nr. 2 und Nr. 6 VgV);
- 2.) Erläuterung, aus der die Anzahl der Beschäftigten und deren Ausbildung der letzten 3 Jahre (Führungspersonal, Architekten, Ingenieure, Techniker etc.) hervorgeht (i.S.d. § 46 Abs. 3 Nr. 8 VgV);
- 3.) Angaben des Teils des Auftrages, den der Bewerber/Bieter unter Umständen an Dritte vergeben will.

Die Vergabestelle behält sich vor, weitere Auskünfte und Bestätigungen/Nachweise, die zur Überprüfung der Eigenerklärung dienen, zu verlangen bzw. einzuholen.

Werden die Leistungen von einer Bewerbergemeinschaft angeboten, sind die Auskünfte für jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft zu erklären.

Will sich der Bewerber/Bieter bei der Leistungserbringung eines Dritten bedienen, sind die Auskünfte auch vom Dritten abzugeben.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

I) Mindestanforderung an die Bürogröße:

Fachplaner Technische Ausrüstung und dessen Stellvertretung:

Der Bewerber muss hinsichtlich der Person des Planers für den Bereich Fachplanung Technische Ausrüstung über die Qualifikation eines abgeschlossenen Studiums des Ingenieurwesens verfügen und eine Berufserfahrung von mind. 10 Jahren in diesem Planungsbereich der technischen Ausrüstung nachweisen.

Der Bewerber muss darüber hinaus über einen Vertreter von gleicher Qualifikation verfügen, wobei eine Berufserfahrung von mind. 8 Jahren im vorstehend benannten Planungsbereich für die Vertreter nachzuweisen ist.

Bauüberwachung Technische Ausrüstung und dessen Stellvertretung

Der Bewerber muss mindestens hinsichtlich der Person des Bauüberwachers für den Bereich Technische Ausrüstung über die Qualifikation eines abgeschlossenen Studiums des Ingenieurwesens verfügen und eine Berufserfahrung von mindestens 10 Jahren in der Bauüberwachung vergleichbarer Projekte nachweisen.

Der Bewerber muss darüber hinaus über einen Vertreter von gleicher Qualifikation verfügen, wobei eine Berufserfahrung von mindestens 8 Jahren in der Bauüberwachung vergleichbarer Projekte für die Vertreter nachzuweisen ist.

Für den Vertreter wird gleichwertig zum abgeschlossenen Studium die Qualifikation durch eine abgeschlossene Ausbildung zum Techniker oder Meister mit mindestens 10 Jahren Berufserfahrung nach Abschluss der Techniker-/Meister-Ausbildung in dem ausgeschriebenen Planungsbereich anerkannt.

Die jeweils geforderten Qualifikationen müssen zum Einreichungstermin für die Teilnahmeanträge vorliegen und sind mit dem Teilnahmeantrag durch geeignete Unterlagen nachzuweisen.

Juristische Personen sind als Auftragnehmer zugelassen, wenn sie für die Durchführung der Aufgabe entsprechende Ingenieure benennen.

II) Mindestanforderung an die Erfahrung des Bewerbers:

Der Bewerber hat seine besondere Erfahrung mit der Planung und Realisierung von Neubau-, Erweiterungs- oder Sanierungsmaßnahmen von Trinkwasseraufbereitungsanlagen durch geeignete Referenzen nachzuweisen, die die nachfolgenden Anforderungen an die Vergleichbarkeit erfüllen und im Rahmen derer die Projekte kosten- und termingerecht abgewickelt wurden.

Es sind mindestens 3 Referenzobjekte zum Planungsbereich Technische Ausrüstung (Anlagengruppen 1-5, 7 und 8) anzugeben. Alle Referenzen müssen den Neubau, die Sanierung bzw. die Erweiterung von Wasseraufbereitungsanlagen zum Inhalt haben, hier mind. Leistungsphasen 2-6 und 8, Summe der Kosten der KG 400 mindestens 500.000 EUR

netto. Dabei muss für alle Referenzen der Abschluss der Lph 8 (alternativ die Inbetriebnahme) nach dem 01.01.2015 erfolgt sein. Davon darf sich eine Referenzmaßnahme noch in der baulichen Umsetzung befinden.

- Mit den vorgelegten Referenzen muss die Fachplanung für die Anlagengruppen 1-5, 7 und 8 mindestens zweimal nachgewiesen werden.

- Mind. 1 Referenz muss eine 3D-Planung für vergleichbare Projekte beinhalten.

- Mind. 1 Referenz muss nach den Regeln der VOB/A bzw. SektVO ausgeschrieben worden sein.

Für alle Referenzen hat der Bewerber Auskunft darüber zu geben, wie sich die Bauzeit und die Baukosten entwickelt haben (Vergleich der Ergebnisse zum Zeitpunkt des Abschlusses der Leistungsphasen 3, 7 und der Projektergebnisse nach Abschluss der Leistungsphase 8). Abweichungen zwischen den Projektergebnissen und dem Kostenanschlag sowie der geplanten Bauzeit zum Zeitpunkt der Vergabe sind zu begründen.

Hinsichtlich aller Referenzen für den Bereich Ingenieurbau ist darzustellen, inwieweit die im Rahmen der Referenzobjekte erbrachten Leistungen von den zur Leistungserbringung vorgesehenen Personen erbracht worden sind. Zu allen Referenzen hat der Bewerber den Namen, die Anschrift und die Kontaktdaten des Referenzgebers mitzuteilen.

Für die Referenzangaben können die vorbereiteten Listen (siehe Referenzbögen) genutzt werden. Die Referenzangaben sind mit dem Teilnahmeantrag einzureichen.

### **III.1.6. Geforderte Kautionen oder Sicherheiten**

Siehe Ziffer III.1.2

## **III.2. Bedingungen für den Auftrag**

### **III.2.1. Angaben zu einem besonderen Berufsstand**

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten. Verweis auf die einschlägige Rechts- oder Verwaltungsvorschrift:

Zugelassen ist, wer nach den Ingenieurgesetzen der Länder berechtigt ist, die Berufsbezeichnung Ingenieur zu tragen, oder nach den EG-Richtlinien, insbesondere der Richtlinien für die gegenseitige Anerkennung der Diplome berechtigt ist, in der Bundesrepublik Deutschland als Ingenieur tätig zu werden.

### **III.2.2. Bedingungen für die Ausführung des Auftrags**

Der Auftraggeber wendet das Landestariftreuegesetz (LTTG) Rheinland-Pfalz an.

### **III.2.3. Für die Ausführung des Auftrags verantwortliches Personal**

Verpflichtung zur Angabe der Namen und beruflichen Qualifikationen der Personen, die für die Ausführung des Auftrags verantwortlich sind

## **Abschnitt IV: Verfahren**

---

### **IV.1. Beschreibung**

#### **IV.1.1. Verfahrensart**

Verhandlungsverfahren mit vorherigem Aufruf zum Wettbewerb

#### **IV.1.3. Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem**

#### **IV.1.8. Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)**

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: nein

### **IV.2. Verwaltungsangaben**

#### **IV.2.2. Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge**

Tag: 17/05/2023 Ortszeit: 12:30

#### **IV.2.3. Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber**

Tag: 30/05/2023

#### **IV.2.4. Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können**

Deutsch

#### **IV.2.6. Bindefrist des Angebots**

Laufzeit in Monaten: 2 (ab dem Schlusstermin für den Eingang der Angebote)

### **Abschnitt VI: Weitere Angaben**

---

#### **VI.1. Angaben zur Wiederkehr des Auftrags**

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

#### **VI.3. Zusätzliche Angaben**

1.) Die Vergabeunterlagen sind ausschließlich digital über die Vergabepattform erhältlich. Ggf. erforderliche Änderungen an diesen Unterlagen oder zusätzliche Informationen werden ebenfalls ausschließlich über die Vergabepattform kommuniziert. Registrierte Bewerber/Bieter werden hierüber automatisch informiert. Es wird daher empfohlen, die Unterlagen mit Registrierung zu beziehen. Werden Vergabeunterlagen anonym heruntergeladen, liegt die Information über die Aktualität dieser Unterlagen in der alleinigen Verantwortung des unregistrierten Bewerbers/Bieters.

2.) Hinsichtlich der erbetenen Auskünfte zur Erfüllung der Teilnahmebedingungen /Eignungsanforderungen stehen Formularvordrucke zur Verfügung, die die Bewerber verwenden sollen. Maßgeblich bleibt der Inhalt der EU-Bekanntmachung. Die Verwendung von bereitgestellten Vordrucken wird für die Erstellung des Teilnahmeantrages und des Angebotes empfohlen.

3.) Anfragen von Bewerbern/Bietern werden nur in Textform über die Vergabepattform, per E-Mail oder Fax von der unter I.3) genannten Kontaktstelle entgegengenommen und von der Vergabestelle ausschließlich in Textform über die Vergabepattform beantwortet. Anfragen sollen bis spätestens 10 Tage vor Ablauf der Einreichungsfrist für die Teilnahmeanträge /Angebote gestellt werden.

4.) Der Versand der Informations- und Absageschreiben gemäß § 134 GWB erfolgt grundsätzlich über die Vergabepattform an die plattformseitig hinterlegten Kontaktdaten des Bieters bzw. an die hinterlegten Kontaktdaten der das Angebot einreichenden Stelle. Im Falle des Angebotes einer Bietergemeinschaft erfolgt die Korrespondenz der Vergabestelle grundsätzlich über die Vergabepattform an die plattformseitig hinterlegten Kontaktdaten des bevollmächtigten Mitglieds der Bietergemeinschaft bzw. an die hinterlegten Kontaktdaten der das Angebot einreichenden Stelle.

5.) Ergänzende Informationen oder sonstige Korrespondenz der Vergabestelle erfolgen grundsätzlich über die Vergabepattform.

6.) Die Teilnahmeanträge und die Angebote sind mit den geforderten Erklärungen und Nachweisen bis zum Ablauf der jeweiligen Einreichungsfrist elektronisch in Textform über die unter I.3) angegebene Vergabepattform einzureichen.

7.) Ausländische Bewerber/Bieter haben geforderte Nachweise /Bescheinigungen ihres Herkunftslandes vorzulegen. Bei Dokumenten, die nicht in deutscher Sprache verfasst sind, ist eine beglaubigte Übersetzung ins Deutsche beizufügen.

8.) Die Abgabe von schriftlichen Teilnahmeanträgen/Angeboten (in Papierform) ist nicht zugelassen.

Bekanntmachungs-ID: CXP4YJV6NW4

#### **VI.4. Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren**

##### **VI.4.1. Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren**

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Rheinland-Pfalz beim Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau Rheinland-Pfalz

Postanschrift: Stiftstraße 9

Ort: Mainz

Postleitzahl: 55116

Land: Deutschland

E-Mail: [vergabekammer.rlp@mwvlw.rlp.de](mailto:vergabekammer.rlp@mwvlw.rlp.de)

##### **VI.4.3. Einlegung von Rechtsbehelfen**

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Von Bieter erkannte Verstöße der vergebenden Stelle gegen das geltende Vergaberecht hat der Bieter bei der vergebenden Stelle gemäß den Fristen des § 160 Abs. 3 GWB zu rügen.

Erklärt die vergebende Stelle, dass sie einer Rüge nicht abhelfen will, hat der Bieter binnen einer Frist von 15 Tagen bei der unter VI. 4.1) genannten Stelle einen Nachprüfungsantrag zustellen.

##### **VI.5. Tag der Absendung dieser Bekanntmachung**

13/04/2023